Pfund's Condensirte Milch
in Dosen, ohne Messer und Schlüssel zu öffnen.
Beste Kindernahrung.
Als Kaffee-Sahne billig und bequem.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Curt Heinsius
Dresden-N., Tieckstr. 12
Fernsprech-Amt II, 2506.
Mehrjährige Garantie.
Kostenfreie Probe.
8 Mal prämiirt, 75,000 St. in Function
Geräuschlose Thürschliesser
m. dopp. Luftentleerung, gewalt. Schliessen schadlos.

Closets & Badeartikel
in grösster Auswahl billigst!
Friedrich Gappisch
Königl. Sächs. hofl. bestellirt,
DRESDEN-A. Marienstr. 11,
gegenüber 3 Raben.
Fabrik: Fischhofplatz.

C. Heinrich Barthel
Putz- und Modewaarenhaus
Waisenhausstrasse 30.
Eigene Strohhutfabrik. * Neueste Modelle.
Fernsprecher III, 3390.

F. B. Müller
Dresden, 2 Mathildenstr. 2
(Grunaerstrasse)
Grösstes Lager von Neuheiten
95er Orig. „Humber" Fahrräder.

Gummi-Schuhe
bester Qualitäten empfiehlt
Gummifabrik Reinhardt Leupolt, Dresden-A.
Wettinerstr. 26. * Telephon 289.

Ohrwärmer, neuer verbesserter Construktion, ohne Feder oder sonstige Metalltheile, nur 20 Gramm Gewicht, in drei verschiedenen Grössen, für Herren, Damen und Kinder. Preis Mark 1 pro Paar. Zu beziehen nur vom Verfertiger
Carl Wendschuch, Königlicher Hofl., Trompeterstr. 8.

Nr. 64. Spiegel: Idealismus in der Politik. Hofnachrichten. Amtliche Bekanntmachungen. Volksunterhaltungsabend, Varietétheater in der Neustadt, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Bruder Martin". Lotterieliste. Vermuthliche Witterung: Veränderlich, fortdauernd Frost. Dienstag, 5. März.

Politisches.

In einer Berliner Versammlung, in der über die Begründung einer großen Mittelstandspartei berathen wurde, entflatterte einem der Theilnehmer in der Hitze des Gefechts aus dem Gehege der Zähne das geflügelte Wort: „Die ideale Politik möge der Teufel holen — Brotpolitik muß die Losung sein." Von gegnerischer Seite ist diese Aeußerung verwerthet worden, um der ganzen Mittelstandsbewegung eins anzuhängen. Die manchesterlichen Pharisäer verdrehten die Augen, schlugen an ihre Brust und riefen: „Seht! Wir sind doch bessere Menschen als die mittelstandlichen Zöllner, die die ideale Gesinnung zum Teufel wünschen". Ganz ohne Wirkung blieb diese Splitterrichterei aber auch nicht in mittelstandsfreundlichen Kreisen. Ein konservatives Berliner Blatt sah den Fall von der ernstesten Seite an und bemühte sich, den Vertretern des Mittelstandes zu Gemüthe zu führen, daß die materielle Lebensauffassung, die reine Brot- oder Geldbeutelpolitik ja gerade das Moment sei, dem auch der manchesterliche Liberalismus seinen heutigen Verfall zu verdanken habe. Das ist ganz gewiß richtig, aber ebenso verfehlt würde es sein, wenn man auf Grund eines in augenblicklicher Aufwallung hinausgeschleuderten Wortes meinen wollte, unserer wackerer Mittelstand sei plötzlich auf die schiefe Ebene einer engherzigen, dem Allgemeinwohl feindlichen Interessenpolitik gerathen. Es ist nur nicht alles wirklicher Idealismus, was gewisse Leute dafür ausgeben. Das Manchesterthum hat eine Kontrebande von Idealismus bei uns eingeschmuggelt, die nichts zu thun hat mit jenem im Feuer einer reinen Ueberzeugung geläuterten, echten Idealismus, der ein nationales Erbtheil unseres Volkes ist und dessen Reaktion gegen den manchesterlichen Talmi-Idealismus gerade durch die Mittelstandsbewegung verkörpert wird. Jahrzehnte lang hat das Priesterthum des mobilen Kapitals eine rücksichtslose Selbstherrschaft geführt und unter dem Lockruf der „Freiheit und Gleichheit aller vor dem Gesetz" die große Masse des Volkes auf einen idealen Leim gelockt, bis schließlich die Dupirten, von der rauhen Faust der bittersten wirthschaftlichen Noth gepackt, sich vor die Stirn schlugen und erkannten, welche Dummheit sie dadurch begangen hatten, daß sie der manchesterlichen Sirene nachgelaufen waren. In solcher Gemüthsverfassung aber dürfen die Worte nicht auf die Goldwaage gelegt werden. Da kann es schon passiren, daß auch einmal einer mit der Faust auf den Tisch schlägt und den „Idealismus" zum Teufel wünscht, d. h. natürlich nur denjenigen Idealismus, der sich als ein so falscher Zauberer erwiesen hat. Ein Glück, daß die Vertreter des Mittelstandes überhaupt noch in solchen Zorn gegen die falschen Götzen gerathen können. Das beweist, daß der richtige Idealismus noch in ihnen steckt. Aengstliche Wortklauberei paßt nicht in eine Zeit großer Gegensätze und Kämpfe, bei denen es mitunter ohne grobkörniges Schrot nicht abgeht. Selbst Goethe, der doch sonst höfischem Wesen nicht abhold war, sagt: „Wer das Falsche vertheidigt, hat allen Grund, leise aufzutreten und sich eines sogenannten feinen Tones zu befleißigen. Wer aber das Recht schützen will, muß derb auftreten; ein höfliches Recht will garnichts besagen". Also nur nicht ängstlich! Das Heraufringen der durch die bisherige Entwickelung unterdrückten Erwerbsstände aus der Tiefe, in die sie unberechtigter Weise von der mammonistischen Schule hinabgestoßen wurden, ist nur möglich mittels kraftvoller idealistischer Hebel. Dieser gesunde, wahrhaftige Idealismus aber wird zugleich mit dem Siege der jetzt bedrohten materiellen Interessen wieder zur Herrschaft gelangen und seinen manchesterlichen Stiefbruder in der That, wie der Berliner Handwerksmeister sagte, „zum Teufel jagen". So war's gemeint.

Daß der richtige Idealismus, ohne den eine wahrhaft nationale und soziale Politik nicht geführt werden kann, nach wie vor in deutschen Herzen, die's nicht blos scheinen, sondern sind, eine Pflanzstätte finden wird, das beweisen die jüngsten militärischen Debatten des Reichstages. Sie ließen im Gegensatz zu dem sonst bei der Etatsberathung üblichen Feilschen und Knausern das Wehen eines höheren Geistes verspüren, dessen unwiderstehliche Offenbarung die Opposition in die Knice zwang. Trotz aller Rechen- und Coulissenkünste ist es Herrn Richter und Genossen nicht geglückt, die Kreuzerfrage beim Marineetat zu einer oppositionellen pièce de résistance zu machen. Es war alles Mögliche versucht worden, um den Reichstag gegenüber den Kreuzerforderungen in einen Scheuzustand zu versetzen. Ein weit aussehender Plan zur Vergrößerung der deutschen Flotte, der ungezählte Millionen erfordern würde, stand angeblich in Aussicht. In Wirklichkeit handelte es sich aber nur um die Nothwendigkeit, der deutschen Marine einen wirksamen Schutz der deutschen Interessen im Auslande zu ermöglichen. Zu dem Zwecke waren vier neue Kreuzer gefordert worden und diese Forderung wurde von dem Vertreter der Regierung, insbesondere von dem Staatssekretär Frhrn. v. Marschall, in so sachlicher und doch von edelster nationaler Begeisterung getragener Rede begründet, daß die Annahme der Position mit überwältigender Mehrheit erfolgte. Frhr. v. Marschall schloß seine Ausführungen mit einem höchst wirksamen rhetorischen Appell an das nationale Empfinden, indem er betonte, daß der deutsche Kreuzer im Auslande nicht blos Aufgaben materieller Natur zu erfüllen habe. Für Tausende von Deutschen, die sehr oft nicht aus freiem Antriebe, sondern aus bitterer Noth hinüberzogen über das Weltmeer, sei der deutsche Kreuzer nicht nur ein Schutz gegen materielle Beeinträchtigung, sondern zugleich eine nachhaltige Mahnung, deutsch zu bleiben mit ganzem Gemüthe und sich in allen Stürmen des Lebens auch fern von der Heimath die großen idealen Güter, die Liebe zum alten Vaterlande und die Treue gegen Kaiser und Reich zu bewahren. Die Rede des Staatssekretärs hat überall, wo man auch hinhorcht in nationalen Kreisen, einen tiefen Eindruck hinterlassen, sodaß sogar alte eingefleischte Landratten, die niemals ein Schiff gesehen haben, sich von Begeisterung für die Kreuzer und für unsere Marine überhaupt durchdrungen fühlen. Auch Herr Rickert ließ sich von dem nationalen Zuge mit fortreißen und erklärte mannhaft unter den Augen des freisinnigen Generalgewaltigen, daß er mit dem üblichen Theile seiner Freunde für die Kreuzer stimmen würde. Als Herr Richter nicht mit der Sprache herauswollte, sondern meinte, zunächst müsse der erste Kreuzer abgelehnt werden, dann werde sich über die Bewilligung der anderen „reden lassen", rief ihm Herr Rickert in komischer Verzweiflung zu: „Wollen Sie bewilligen oder nicht, Herr Richter?" Darob allgemeine Heiterkeit, die Herrn Rickert's Escapaden häufig gerade in den ernstesten Situationen entfesseln.

Auch den Sozialdemokraten gelang es nicht, mit ihrem Milizantrage die nationale Festtagsstimmung, die mit der Kreuzerdebatte in den Reichstag eingezogen war, zu trüben. Die revolutionäre Partei hatte sich offenbar einen Karnevalsscherz machen wollen und deshalb den Antrag eingebracht, der Reichstag wolle die verbündeten Regierungen zur Vorlegung eines Gesetzentwurfes betreffs Umwandlung des stehenden Heeres in eine Miliorganisation auffordern. Der Abgeordnete v. Podbielski faßte die Sache in seiner Bekämpfung des Antrages in diesem Sinne auf, indem er meinte, daß das jetzt bestehende zarte Wechselverhältniß zwischen dem stehenden und dem „dienenden" Heere durch die Einrichtung der kurzen Milizdienstzeit in die Gefahr eines bedenklich flatterhaften Zustandes gerathen würde. Im Uebrigen fehlten aber auf Seiten der Ordnungsparteien auch die ernsten Töne bei der Zurückweisung des sozialdemokratischen Vorstoßes gegen die feste Grundlage unserer staatlichen Ordnung nicht. Was die Sozialdemokratie mit ihren Miliztbestrebungen bezweckt, ist ja nur zu klar. Es ist ihr nicht um eine Erleichterung des Volkes zu thun, sondern um die Dienstbarmachung der Massen für die Revolution auf militärischem Wege. Das Milizsystem ist unvereinbar mit einer festen Disciplin. Das individuelle Souveränetätsgefühl entwickelt sich dabei bis zu einem Grade, der die Truppe von der festen Gewalt der militärischen Befehlshaber mehr oder weniger loslöst. In der Schweiz ist dieser Prozeß schon so weit vorgeschritten, daß ein dortiger höherer Militär kürzlich in hellen Verzweiflung eine Broschüre geschrieben hat, in der er kategorisch verlangt: „Entweder Disciplin oder Abrüstung." Also die Hände weg von unserem Heer! Dieser Ruf wird den Sozialdemokraten jedes Mal von der Nation entgegenschallen, so oft sie auch den vergeblichen Versuch machen, an dem ihnen verhaßten Bollwerk der Ordnung zu rütteln. Die freiwillige Mannszucht, in der der Geist der Ordnung seine sicherste Stütze findet, gedeiht nur in dem festen Gefüge des stehenden Heeres. Das weiß unser Volk und deshalb läßt es sich nicht irre machen an seinem herrlichen Heere, das nur so, wie es ist, die äußere und innere Sicherheit des Reiches zu gewährleisten vermag. Der unerschütterte Bestand eines solchen Heeres jetzt freilich auf Seiten seiner Glieder Tugenden voraus, die nur in einem hohen Idealismus feste Wurzeln schlagen können. Wer zweifeln möchte, ob dieser Idealismus auch fernerhin in genügendem Maße in unserem Volke heimisch sein werde, der gedenke der erhebenden Vorgänge, die sich auf dem akademischen Bismarck-Commerse in Berlin abgespielt haben, und er wird vertrauensvoll seinen Blick in die Zukunft richten.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 4. März.

Berlin. Reichstag. Die Berathung des Militäretats wird fortgesetzt. — Abg. Liebknecht (Soz.) vertheidigt die Forderung eines Milizheeres. Der heutige Turnunterricht sei mangelhaft, theilweise sogar schädlich. Der Mangel würde schwinden, wenn die Jugend schon für den Militärdienst erzogen würde. Das liberale Bürgerthum habe auch schon im Jahre 1848 ganz dieselben Forderungen gestellt. Bestreiten müsse er namentlich, daß die Kosten des Milizheeres größer, oder auch nur so groß sein würden wie die des bestehenden Heeres. Hauptvortheil des Milizheeres aber sei, daß sich dasselbe nicht zum Kampfe gegen das Volk werde verwerthen lassen. — Abg. Dr. Enneccerus (nat.-lib.): Die Verbindung des Turnens mit Jugendspielen ist erst von meinen Parteifreunden in den Einzelstaaten empfohlen worden. Wenn Liebknecht auf die Schweiz verweist, so frage ich: Ist denn die dortige Miliz schon ein einziges Mal im Kampfe mit unserem modernen Heer erprobt worden? Scharnhorst hat ja auch thatsächlich in seinem Memorandum vom Juli 1807 das absolute Gegentheil von dem ausgeführt, was Liebknecht als seine Ansicht aussprach. Es hat doch seinen Werth, eine wohlgeübte, disciplinirte, charakterfeste Armee gleich von Anfang an dem Feinde entgegenzustellen. Eine solche Armee haben wir und wir wollen sie nicht der Sozialdemokratie zu Liebe aufgeben. (Beifall). — Abg. Graf Oriola (nat.-lib.): Ich denke, wir wollen bei unserer Heeresverfassung bleiben, der wir die Einheit und Machtstellung Deutschlands verdanken. Wie alles, so hat ja allerdings auch unsere Heereseinrichtung Mängel, so bedürfen unsere Invaliden einer verstärkten Fürsorge. Den Herrn Minister möchte ich fragen, ob nicht eine dahingehende Gesetznovelle in Aussicht steht; ferner möchte ich fragen, ob wir nicht eine Uebersicht über die noch brauchbaren Kasernen, die aber nicht benutzt sind, erhalten können? Unser Kasernirungssystem leidet an Fehlern. Man sollte nicht unseren kleinen Landstädten so sehr die Truppen entziehen, um sie an einzelnen Stellen so sehr zusammen zu häufen. — Generalleutnant v. Spitz: Wie sich die Regierung verhalten würde, wenn der Reichstag hinsichtlich der Erhöhung der Invalidenpension einen formulirten Beschluß fasse, könne er nicht sagen. Die ganze Frage liege aber in hervorragendem Maße auf finanziellem Gebiete. Die berechtigten Anforderungen der Invaliden, die dem Kriegsministerium vorliegen, belaufen sich auf etwa 200 Mill. Mk., daraus mag der Vorredner bemessen, wie vorsichtig die Frage geprüft werden muß. — Abg. Bebel (Soz.): Preßerzeugnisse der Art, wie die Bogulawsky- und andere Broschüren, in denen vom Staatsstreich gesprochen wird, wären ganz unmöglich, wenn man nicht von der Ansicht ausginge, daß die Armee unter Umständen als Handhabe, als Werkzeug gegen das Volk geführt werde. Ich muß mich gegen die Erlasse der Militärverwaltung wenden, in denen vorgeschrieben wird, Arbeiter aus den Militärwerkstätten zu entlassen, welche sozialdemokratische Anschauungen bethätigen. Ich bestreite der Militärverwaltung das Recht zu solchen Erlassen. Hat der Sozialdemokrat gleiche Pflichten mit den Anderen, dann muß er auch die gleichen Rechte haben. Mit solcher Rechtung, die ja auch früher auf religiösem Gebiete bestand, doch aber jetzt aufgegeben ist, erziehen Sie nur Heuchler. Glauben Sie überhaupt, Sie können die Sozialdemokraten aus den Staatswerkstätten ausschließen? Die Reichstagswahlen zeigen Ihnen in Städten, wie in Spandau und Erfurt und sonst überall, daß Sie Sozialdemokraten in den Staatswerkstätten haben. Im nächsten Kriege brauchen Sie jeden waffenfähigen Mann, auch die Sozialdemokraten. Ich könnte Ihnen Schiffe nennen, wo jeder Matrose Sozialdemokrat ist. In Ihrem eigenen Interesse sollten Sie also Maßnahmen unterlassen, welche nur erbittern können. Das Schlimme dabei ist, daß bei diesem Denunciationsdienst häufig Mißgriffe vorkommen, indem Leute als Sozialdemokraten behandelt werden, die es gar nicht sind. In einem solchen Falle hat sich der Betreffende wegen Drohung seines Unteroffiziers um's Leben gebracht, in einem anderen Falle hat ein Dr. med. Hirschfeld, der bereits als Unterarzt angenommen war, in Harburg die größten Unannehmlichkeiten gehabt, er soll sogar unter der Waffe als Gefreiter dienen, weil er ohne Grund unter dem Verdachte stand, Sozialdemokrat zu sein; in einem anderen Falle sind Sozialdemokraten als Soldaten zweiter Klasse behandelt worden, ohne daß sie sich als Militär nur das Geringste zu Schulden kommen ließen. Sogar den Unternehmern, mit denen die Militärverwaltung Lieferungsverträge abschließt, legt sie die Pflicht auf, keinen Sozialdemokraten zu beschäftigen. Die Staatsbehörden sollten den Privatunternehmern mit gutem Beispiele vorangehen, daß sie solche Verstöße gegen die gute Sitte, die von moralischer Gesunkenheit zeugen, sich nicht zu Schulden kommen lassen. Weiter rügt Redner das Vorkommen von Ueberanstrengung der Soldaten. In Weimar, Wittenberg, Flensburg sind in neuerer Zeit Fälle vorgekommen, wo die Leute bei strenger Kälte in fußtiefem Schnee Nachtmanöver hätten ausführen müssen, deren Folgen auch nicht ausgeblieben sind. Die Umsturzvorlage bezwecke den Kampf gegen Umsturzbestrebungen in Bezug auf Religion, Sitte und Ordnung. Dann mußte aber auch die Ordnung im Heere eine angemessene sein; gleichwohl finden wir in der Armee den Duellzwang in Widerspruch zu der staatlichen Ordnung und den allgemeinen sittlichen Anschauungen. In der Umsturzkommission gab Herr Generalauditeur Eckenbach die Zahl der Duelle in dem Heere in dem Jahre 1891/92 auf 68 an. (Rufe rechts: Das ist sehr wenig!) Ja, die Zahl der Fälle ist viel kleiner, derentwegen man die verschärften Bestimmungen des Strafgesetzes einführen will. (Sehr richtig.) An den Duellen haben sich ja Reichstagsabgeordnete betheiligt und derartig fortgesetzte Gesetzesverletzungen erfolgen unter Bewilligung der vorgesetzten Behörden. Was wollen Sie da gegen Gesetzesverletzungen Derjenigen sagen, derenthalben man uns die Umsturzvorlage vorgelegt hat. (Beifall.) Die militärische Ehre wird ferner so ausgelegt, daß in Hamburg bei einem Streit auf der Pferdebahn zwischen einem Offizier und einem Civilisten, der Offizier den Anderen mit dem Säbel niederschlug und ihm, als er schon auf der Erde lag, noch einen Stich versetzte. Gegen untergebene Soldaten werden Strafen bei der geringsten Verletzung der Dienstpflicht verfügt und auf der anderen Seite bei den Vorgesetzten auffallend milde Bestrafungen in 99 von 100 Fällen nicht einmal abgebüßt. Ein Leutnant Natzel, der seinen Schwager getödtet hatte, wurde nach einem Monat begnadigt. Demgegenüber stehen die harten Strafen der Sozialdemokraten. Niemand, der das Duell ablehnt, kann Reserveleutnant werden. Hier wird von den obersten Militärbehörden eine Institution gewahrt, die allem, was staatliche Ordnung heißt, in das Gesicht schlägt, und dies in einer Zeit, wo der Staat und die Militärverwaltung die schärfsten Strafen für Aufrechterhaltung der Ordnung für nothwendig halten. Das kann für die Dauer nicht so bleiben, und wenn wir dies aussprechen, so glauben wir, daß wir die ungeheure Mehrheit des Volkes hinter uns haben (Beifall). — Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Auf die Milizfrage will ich nicht eingehen. Der Antrag Auer scheint ja auch nicht zur Annahme zu gelangen, der Bundesrath hat sich jedenfalls mit demselben noch nicht beschäftigt (Große Heiterkeit). Herr Bebel hat zunächst von Erlassen gesprochen, er hatte da einen Erlaß verlesen, in welchem die Vorsitzenden der Ersatzkommission angewiesen sind, zu verhindern, daß Sozialdemokraten den Berechtigungsschein zu zwei oder dreijähriger Dienstzeit erhalten. Was den Erlaß, betreffend die Nichtbeschäftigung von Sozialdemokraten anlangt, so ist derselbe nöthig, wir können uns nicht abhängig machen von Leuten, die auf Geheiß ihrer Chefs die Arbeit niederlegen, entweder um einen Allerweltsfeiertag zu begehen, oder aus anderen Gründen. Die Thatsache allein, daß dieser Erlaß durch die Blätter gegangen ist, beweist, daß wir in der Auswahl der Leute in unseren Bureaux noch immer nicht vorsichtig genug sind. Denn wer einen solchen Erlaß verräth, ist auch zum Landesverrath fähig. Sie entfernen ja auch Jeden aus der Redaktion, der etwas verräth. Was den Erfurter Fall anlangt, so war der Mann bereits verschiedentlich bestraft worden. Dr. Hirschfeld hatte sich, wie es hernach bekannt wurde, bereits vorher als Sozialdemokrat bethätigt. Bekannt wurde das, nachdem ihm sein Vater einmal eine schwarz-weiße Fahne aus der Hand genommen hatte mit den Worten: „Mein Sohn, Du trägst nur eine rothe Fahne." In einem anderen Falle — Wendland — handelte es sich um einen Mann, der sich schon wegen Majestätsbeleidigung Bestrafung zugezogen hatte. Derselbe hätte also nach den bestehenden Bestimmungen gleich von Anfang an zur Arbeitsabtheilung versetzt werden können. Auf die Nachtmanöver und dergleichen will ich nicht weiter eingehen, ich kann aber Herrn Bebel die beruhigende Versicherung geben, daß diese Manöver sich als sehr nützlich bewährt haben, und daß sie keine Erhöhung des Krankenbestandes zur Folge gehabt haben. Und nun zur Duellfrage: Ich glaube nicht, daß das hohe Haus heute noch näher darauf eingehen will, aber das muß ich Herrn Bebel sagen, daß 68 Fälle bei 30,000 Offizieren doch nicht viel sind. Die Behauptung, daß die Armee die Hauptträgerin der Duellsitte sei, ist ein großer Irrthum. Ich berufe mich da auf das Urtheil eines der angesehensten Führer der Sozialdemokratie, wenigstens in Süddeutschland, auf Herrn v. Vollmar. Derselbe sagte in der bayerischen Kammer: Ich kann mir wohl denken, daß ein streng religiöser Mann das Duell gut heißt, ich kann mir auch denken, daß ein ganz irreligiöser Mann den Zweikampf verweigert. Es ist ein Irrthum, daß die Armee die Hauptträgerin des Duells ist. Die Armee hält es für die größte Ehre, wenn Jemand sich tödten läßt für König und Vaterland, um die Ehre seines Lebens. Aber wenn er selbst sein Leben einsetzt für die eigene Ehre, so soll man ihm wenigstens mildernde Umstände bewilligen. Bebel's Anklagen werden im Lande keinen Widerhall finden, man wird vielmehr sagen: Der Herr Reichskanzler hat doch recht (Beifall rechts). — Abg. Pachnicke (freis. Ver.) mißbilligt das Verbot der Beschäftigung sozialdemokratischer Arbeiter. — Abg. Bebel: Es wird ja doch nie gelingen, die Sozialdemokraten ganz aus der Armee zu entfernen. Die Leute, die uns Ihre Erlasse zustellen, haben dafür bis jetzt auch noch nicht einen rothen Heller bekommen. Der für uns arbeitet, der thut es aus Begeisterung für die Ideale. (Lachen rechts). Bei der Duellfrage kommt es mir nur auf die

Photographie-Atelier „Adèle"
Garantirt künstlerische Ausführung von Portraits, Gruppen
11 Strehlener Platz 11, Pferdebahnlinie (gelb).